

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Seendhaus 6, Fernsprechanschl. der Geschäftsleitung 287 03. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.- G. monatl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.- G. monatl. für Pommerellen 5.- Mark. Anzeigen: 1 mm 0,18 G.; Reklamen: 1 mm 0,30 G.; in Deutschland 0,18 u. 0,30 Goldmark. - Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang Freitag, den 8. Mai 1936 Nr. 107

- Das Drama Jacob - Wesemann
Das Urteil in der Entführungs-Affäre
Der Kampf um die Sanktionen
Die Unterschlagungen bei der Arbeitsfront
Die Korruption bei der „Braunen Messe“
Neue Entlassungsklagen vor dem Arbeitsgericht

Der Abschluß einer Entführungsaffäre - Drei Jahre Zuchthaus für den Lockspitzel

Das Drama Jacob - Wesemann

In Basel ist der Prozeß gegen den Entführer des deutschen Journalisten Jacob, Dr. Hans Wesemann, beendet worden. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus und Zahlung von 1500 Franken Entschädigung an Jacob. Der Staatsanwalt hatte nur eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren beantragt.

In der deutschen Presse ist von dem Prozeß keine Notiz genommen worden. Das Urteil wird registriert, wobei Wesemann als deutscher Emigrant bezeichnet wird. Offenbar sollen damit die beschämenden Zusammenhänge und Hintergründe des Menschenraubes, den Wesemann mit anderen Spitzeln der Geheimen Staatspolizei durchführte, verschleiert werden. Die Mitwirkung des Gesapo-Kommissars Dr. Richter aus Berlin ist in dem Prozeß eindeutig erwiesen, und sie ist auch dadurch ausgehoben worden, daß bei der Rückgabe Jacobs nach der Schweiz mitgeteilt wurde, ein Begleiter (Dr. Richter, D. Neb.) sei aus dem Dienst entlassen worden. Der Prozeß hat ein sehr aufschlußreiches Bild über Methoden enthüllt, mit denen die deutschen Emigranten verfolgt werden.

In der Fortsetzung des Prozesses gegen Wesemann wurde der entführte Verbrecher Jacob eingehend vernommen. Jacob ist der Sohn eines Seidensabrikanten und lernte den kaufmännischen Beruf. Er hat den Krieg als deutscher Soldat mitgemacht. Unter dem Eindruck des Kriegserlebnisses wurde er Pazifist und begann seine journalistische Tätigkeit auf einem linksdemokratischen Blatt, der „Berliner Volkszeitung“, und an der „Freiheit“. Später war er Mitarbeiter der „Welt am Montag“; hier hat er auch Wesemann, der an der gleichen Wochenzeitung mitarbeitete, kennen gelernt. Er widmete sich mit der Zeit mehr und mehr militärischen Problemen, die er in allen Einzelheiten studierte. Er habe dabei - wie er im Prozeß ausfragt - die Ueberzeugung gewonnen, daß auch unter der Weimarer Republik letzten Endes doch die Generale überall den Ausschlag gaben, was ihn zu seinem Kampf gegen Reichswehr und Aufrüstung geführt habe. 1928 wurde er seiner Enthaltungen wegen zu neun Monaten Festungshaft verurteilt. Nach dem Sturz Brüning im Jahre 1932 verließ Jacob Deutschland, da er den großen Schlag gegen die Republik als nahe bevorstehend glaubte. Er siedelte nach Straßburg über und begann dort mit der Herausgabe seines „Unabhängigen Zeitungsdienstes“. Seine Informationen erhielt er von Freunden aus Deutschland. Zum Teil habe er sich aber einfach um die Auswertung militärischer Nachrichten in der Tages- und Fachpresse gehandelt. Im August 1933 wurde ihm das deutsche Staatsbürgerrecht entzogen. Seinen Lebensunterhalt bestritt Jacob während seiner Straßburger Zeit hauptsächlich durch freie Mitarbeit an elffünftigen Zeitungen. Niemals will er, entgegen einer Behauptung Richters, des Gesapokommissars, mit französischen militärischen Stellen irgendwie zusammen gearbeitet haben; es liegen für die Stützung dieser Behauptung auch keine Anhaltspunkte vor.

Im Juni 1934 trat Wesemann von London aus brieflich mit Jacob in Verbindung. Die Adresse Jacobs will Wesemann von Helmut von Gerlach gehabt haben. Diese Angabe erscheint uns so ungläubiger, als Gerlachs Urteil über Wesemann geradezu vernichtend war. Er anerbot sich, Jacobs Zeitungsdienst in der Londoner Presse unterbringen zu wollen. In einem zweiten Brief machte er ihn auf einen in Birmingham stattfindenden Friedensrat aufmerksam und vermittelte ihm eine Einladung dazu. Im November teilte er ihm von Paris aus mit, daß er ins Saargebiet reise und ihn vorher in Straßburg zu treffen wünsche. Schon vorher hatte er durchblicken lassen, daß einflußreiche englische Politiker und Journalisten Interesse an seinem Zeitungsdienst hätten und daß sich etwas Fruchtbares anbahnen lasse. Die persönlichen Besprechungen in Straßburg von Mitte November 1934 drehten sich um die Frage, den „Unabhängigen Zeitungsdienst“ auch in englische Sprache erscheinen zu lassen.

Bei diesen Besprechungen interessierte Wesemann sich vor allem für die Quellen, aus denen Jacob die Nachrichten bezog. Er glaubte mit seinen Auftraggebern, daß Jacob zu informierten, amtlichen Personen-Beziehungen hätte, die Namen dieser vermeintlichen Leute wollte er haben. Jacob gibt auf Befragen an, daß Wesemann den Glauben haben konnte, er, Jacob, habe seine Informationen von hochgestellten deutschen Beamten, namentlich des Reichsministeriums, bezogen. Wesemann erklärt auf Befragen des Präsidenten, daß ihm der Gesapokommissar Dr. Richter präzise Angaben dahingehend gemacht habe, Jacob werde von hohen Funktionären einer Wirtschaftsstelle (besonders in Bezug auf Rohstofffragen), ferner der Reichswehr und der Reichsfinanzverwaltung in der Schweiz geflohen wo Jacob andern

Freunde besuchen wollte. Auf eine Frage eines Richters erklärt Wesemann: „Ich hatte damals schon den Auftrag, Jacob im Saargebiet zu beobachten - und sollte auftragsgemäß sein Vertrauen gewinnen!“

Der Befehl zur Entführung

Ende Februar fand Wesemann einen Befehl aus Berlin von Dr. Richter in Paris, sich in Basel einzufinden. Am 26. Februar traf er hier Manx. Nächsten Tages kam Dr. Richter. Alle drei fuhren nach Luzern. Dr. R. erzählte erregt über die ungeheuren Schäden, die dem Reich durch Jacob zugefügt wurden. Vornehmlich eine Publikation über Serienbau von Unterseebooten könne zu schweren Verwicklungen mit England führen. Dieser Mann müsse unschädlich gemacht werden. Man werde ihn eben entführen... Das sei simple nationale Notwehr. Man müsse Jacob in ein Auto packen und über die Grenze schaffen. Manx werde es beschaffen. Am 28. Februar hatten die drei zusammen mit einem Fabrikanten (Reich) aus der hiesigen Nachbarstadt eine Besprechung über die technische Durchführbarkeit. Dr. Richter hatte mit dem Fabrikanten die Grenze überfahren und gesagt, die Schweizer hätten keinen Schlagbaum, und daß für die deutsche Offenheit wird, werde er sorgen. Der Fabrikant war ursprünglich wegen Mittäterschaft mitangeklagt. Er bestritt jedes Mitwissen. Man stellte die Untersuchung ein und bot ihn als Zeugen auf. Er zog es jedoch vor, wegen Krankheit nicht in Basel zu erscheinen.

Die Vorbereitungen

Am 28. Februar abends suchte Wesemann den Jacob in seiner Wohnung in Straßburg auf und erzählte ihm, er habe in Basel einen Mann kennen gelernt, der ihm einen deutschen Paß besorgen könne. Seine englischen Freunde würden das finanzieren. Außerdem schuldebete er noch Abonnements des Unabhängigen Zeitungsdienstes. Jacob sollte sich einrichten, Anfang März nach Basel zu kommen, um den Paß in Empfang zu nehmen. Dann reiste Wesemann nach Paris weiter, wohin er die Weisung bekam, am 8. März in Basel zu sein. Unterdessen hatte Manx in Zürich ein Auto gemietet. Ein Bekannter, der schweizerische Nationalrat Peter aus Pfäfers, hatte ihn an eine dortige Firma empfohlen. Er erschien als Kapitän des Norddeutschen Lloyd auf Geschäftsreise. Sein Wagen habe eine Panne in Vörsach. Er habe einen guten Chauffeur. Als solcher wurde SS-Mann Kraule vorgestellt. Nach der Entführung telephonierte er von Vörsach nach Zürich, man solle dort den Wagen abholen. Sein Chauffeur sei betrunken und mit weiblicher Fracht unzufrieden über die Grenze gerast; er habe ihn entlassen müssen.

Als man Nationalrat Peter in der Voruntersuchung fragte, ob er von Manx seither noch etwas erfahren habe, verneinte er. Erst später erzählte er, er habe in Deutschland geschäftliche Interessen und Beziehungen. Auch Manx habe er auf diesem Wege kennen gelernt. Nach der Entführung (Fortsetzung umseitig.)

Der Kampf um die Sanktionen

Eine Unterredung mit Leon Blum - Vor der Entscheidung Italiens

Ueber die weitere Entwicklung der in Genf zur Beratung anstehenden Dinge ist man sich in den politischen Zentren Europas nach wie vor im unklaren. Während die einen mit einer Aushebung der Sanktionen rechnen und nur nach einer annehmbaren Form suchen, glauben andere, daß das Ende der Sühnemaßnahmen noch nicht gekommen sei. In dieser Hinsicht ist ein Interview des „Daily Herald“, des Blattes der englischen Arbeiterpartei, mit Leon Blum, dem Führer der französischen Sozialisten und wahrscheinlichen Führer der künftigen französischen Regierung aufschlußreich. Man glaubt daraus zu entnehmen, daß die französischen Sozialisten für weitere Maßnahmen gegen Italien eintreten würden. Auf der nächsten Ratstagung ist jedoch noch die bisherige Regierung vertreten, die möglicherweise von anderen Gesichtspunkten geleitet werden wird.

Mit großer Interesse erwartet man die Rundgebung Mussolinis am Sonnabend. Die Aufmachung dieses Aktes läßt darauf schließen, daß er die italienischen Beschlüsse über das weitere Schicksal Abessinien bekanntgeben wird. Die Ratstagung wird aber nicht nur mit dem Abessinienfall beschäftigt werden, sondern gleichzeitig mit der Ratstagung werden in Genf die Locarno-Mächte außer Deutschland zusammenzutreten. Vor drei Wochen hat der Generalsekretär des Völkerbundes die deutsche Regierung davon verständigt, daß die Rheinlandfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt werden würde, und daß Deutschland einen Vertreter nach Genf entsenden möge. Das Programm in Genf ist also außergewöhnlich reichhaltig und sehr schwierig.

in dem Frankreich bereit sei, England mit aller Macht zu unterstützen. Großbritannien könne sich nach den letzten Ereignissen voll darauf verlassen, daß Frankreich eine kollektive Aktion des Völkerbundes unterstützen werde.

Es sei tragisch, erklärte Blum, daß wir zu spät kommen, um den Angriff auf Abessinien zu verhindern, aber wenn die Vergangenheit nicht in unseren Händen gewesen ist, so gehört uns die Zukunft.

Italienische Vorbereitungen auf Genf

Wichtige Beschlüsse am Vorabend der Ratstagung
Der sachliche große Rat ist für Sonnabend abend um 10 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden. Sofort im Anschluß wird der Ministerrat zusammentreten. Nach der amtlichen Mitteilung werden die Beschlüsse der beiden Körperschaften dem italienischen Volk unmittelbar nachher vom Balkon des Palazzo Venezia herab verkündet werden. Diesen beiden unerwartet einberufenen Sitzungen wird in ganz Italien mit allergrößter Spannung entgegengesehen. Man erwartet, daß der Duce hierbei eine endgültige Entscheidung über das künftige Schicksal Abessinien treffen wird. Besonders bemerkt wird, daß die Sitzungen des großen Rates und des Ministerrates am Vorabend von Genf erfolgen. Italien dementiert die Meldungen, daß es Anleiheverhandlungen eingeleitet habe; daß aber von inoffizieller Seite Fäden gesponnen werden, wird nicht bestritten.

Französische Ratsschlüsse

Italien soll nicht zu hohe Forderungen stellen
Der „Temps“ beschäftigt sich in seinem Zeitaufsatz mit der Erklärung Mussolinis auf dem Generalkonferenz und schreibt u. a., es sei damit klar erwiesen, daß Italien den Sieg seiner Soldaten bis zum letzten auswerten wolle. Es werde notwendig nicht zögern, sich mit Waffengewalt zu widersetzen, wenn man ihm seine Erfolge streitig machen wolle. Die ganze Frage liege darin, wie das abessinische Problem vom internationalen Standpunkt aus betrachtet, geregelt werden würde. Niemand könne verhindern, daß Abessinien italienisch werde. Aber es gebe mehrere Wege, die italienische Kontrolle über Abessinien herzustellen. Es gäbe die glatte Annexion, ferner das Protektorat und ein internationales Mandat. Es sei beunruhigend, daß die italienische Presse von vornherein jede Verhandlung, sei es mit Genf, sei es selbst mit den in Ostafrika unabhängigen Mächten, ablehne. Diese Einstellung könne nur schwer von den durch den Völkerbund gebundenen Mächten, besonders aber von England, gebilligt werden.

Mussolini bekam einen Orden

Der König von Italien hat am Donnerstag Mussolini in Privataudienz empfangen und ihm das Großkreuz des Militärordeus von Savoyen verliehen.

Unter der Überschrift „Frankreich wird die Sanktionen in Genf unterstützen“ veröffentlicht der „Daily Herald“ in großer Aufmachung eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit dem Führer der französischen Sozialisten Leon Blum.

Blum erklärte in dieser Unterredung u. a., daß bei allen Dingen ein Abtrünnungsabkommen zuzubereit gebracht werden müsse. Man müsse Deutschland auffordern, an der Herstellung dieses Abkommens mitzuwirken. Wenn Deutschland nicht teilnehmen wolle, dann müsse man ein Abkommen ohne Deutschland abschließen, das aber so abgefaßt sein müsse, als ob Deutschland dabei wäre. (Diese Formulierung ist unklar; wahrscheinlich ist gemeint, daß man dann ein Abkommen ohne, also gegen Deutschland, machen müsse.) London, Moskau und Paris müßten mit den anderen Völkerbundsmächten zusammenarbeiten und die Verantwortung, die sich daraus ergebe, auf sich nehmen.

Auf die Frage, was man mehr im italienisch-abessinischen Streitfall geschehen müsse, antwortete Blum, es sei wesentlich, daß alles geregelt werde; was man vom internationalen Recht retten könne. Die kollektive Sicherheit und ihre Organisation hingen wesentlich von der Zusammenarbeit der beiden Demokratien Frankreich und England ab. Es würde ein Trauerspiel sein, wenn Großbritannien diese große Sache gerade in dem Augenblick aufgeben würde.

Die Unterschlagungen bei der Arbeitsfront

Wie Pg. Konkel beim Städtischen Fuhrpark wirtschaftete — Kein Glück mit der Berufungsverhandlung

Am 20. März wurde der ehemalige SA-Mann und Kassierer der Arbeitsfront Franz Konkel von Stolzenberg durch das Schöffengericht wegen Unterschlagung von 1555 G. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Da er gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatte, mußte sich die Erste Große Strafkammer, die gestern unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Deurmann tagte, erneut mit dieser Korruption befassen. Konkel gehört zu denjenigen, die mit den früheren Verhältnissen unzufrieden waren und diese Unzufriedenheit bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zum Ausdruck brachten. Auch er kämpfte gern über „rote Korruption“ und „Verbözung“ der Gewerkschaften.

Die Schlagwörter vom „marxistischen Untermenschentum“ und vom „Landesverrat“ verstand er gut zu führen. Als Arbeiter beim Städtischen Fuhrpark war ihm die Kassierung der Mitgliedsbeiträge für die Arbeitsfront übertragen. Doch damit begnügte er sich nicht. Ein großer Teil der nach dem „Umbruch“ entlassenen Fuhrparkarbeiter verbandt ihm seine Erwerbslosigkeit. Diesenigen Arbeiter aber, die mit ihm weiterhin als Kollegen zusammenarbeiten mußten, stellten nach und nach eine immer aggressivere Haltung fest.

Der größte Teil der Fuhrparkarbeiter atmete erleichtert auf, als die Unterschlagung bekannt und Konkel ins Gefängnis gesteckt wurde.

Mit ihm wurde damals seine Frau verhaftet, doch wurden beide bald wieder auf freien Fuß gelassen.

Wohl selten wird es ein Kassierer so bequem haben, wie es Konkel beim Eintreiben der Beiträge gemacht wurde. Vom Inspektor des Fuhrparks wurde ihm in den städtischen Büroräumen ein Raum zur Kassierung bereitgestellt. Die Arbeiter luden sofort, nachdem sie ihren Lohn erhalten hatten, ihre fälligen Beiträge ab. Sie zahlten regelmäßig — aus leicht erklärlichen Gründen — und doch sind nach der Entdeckung der Unterschlagung Mitgliedsarten vorzufinden worden, in denen über ein Jahr lang die Beiträge nicht geklebt waren. Diese Arbeitergrößen ließ Konkel in seine eigene Tasche fließen und schaffte sich so einen erheblichen Nebenverdienst.

Das Gericht hat festgestellt, daß der Angeklagte sich in zwei Monaten einen „Nebenverdienst“ von 180 Gulden zu verschaffen verstand.

In einem geregelten Betrieb, bei der ordnungsgemäßen Einhaltung aller Vorschriften, wäre diese Unterschlagung nicht möglich gewesen. Doch zwei Dinge verstand der Angeklagte zu mißbrauchen und für sich auszunutzen. Das Vertrauen, das dem Angeklagten ursprünglich entgegengebracht wurde, ging so weit, daß die Mitglieder der Einfachheit

halber ihre Mitgliedsbücher, in denen ja die gezahlten Beiträge durch geklebte Marken quittiert wurden, dem Kassierer Konkel zu treuen Händen überließen. Sie bekamen sie jahrelang nicht zu sehen und ahnten deshalb auch gar nicht, wie sie geschädigt wurden. Dieses Vertrauen hat Konkel weidlich ausgenutzt und mißbraucht. So wurden von circa 110 Büchern ungefähr 50 nicht für in Ordnung befunden.

Die unterschlagene Summe von 1555 Gulden ist allein an Hand der nichtgeklebten Marken festgestellt worden. Die Kontrolle verstand dieser Erneuerer stets zu umgehen. War einmal eine Buchkontrolle, so konnte Konkel die Bücher angeblich nicht reiflos eintreiben, da sie unterwegs waren. So zeigte er nur diejenigen Bücher vor, die in Ordnung waren. Da er immer wieder versprach, die reiflichen Bücher später einzuliefern, drückten seine Revisoren ein Auge zu. Warum sollten sie einem so guten Nationalsozialisten, wie es Konkel war, mißtrauen? Und Konkel galt doch eben als mehr denn hundertprozentig. Das Nachsehen der fehlenden Bücher geriet allmählich in Vergessenheit.

Konkel war sich auch klar darüber, daß er sich strafbar gemacht hatte. Krampfhaft klammerte er sich an seine Funktion und gab keinem Menschen in seine Arbeitsweise Einblick. Als er einmal krank war, legte er es ab, einen Vertreter zu bestellen.

Er übertrug die Arbeit auf seine Frau, die die Manipulationen während seiner Krankheit fortführen mußte.

Doch sie wurde schon in der damaligen Schöffengerichtsverhandlung freigesprochen, da das Gericht der Ansicht war, daß die Frau keine Beauftragte der Arbeitsfront war. Die Frau soll zu der Zeit 150 Gulden verloren haben. Auch Konkel will einmal 200 Gulden verloren haben. Mit Recht weist das Gericht darauf hin, daß, wenn diese Verluste auch als wahr unterstellt werden, ja immer noch ein Fehlbetrag von 1200 Gulden bleibe, für den Konkel keine Erklärung habe. So beauftragte Konkel selbst nach der durchgeführten Beweisaufnahme vor der Ersten Großen Strafkammer auch keinen Freispruch, sondern

hat lediglich um eine mildere Strafe.

Der Vertreter der Anklage, der dem Assessor Dertel beigegebene Referendar Duell, beantragte dagegen die Vermerkung der Berufung. Die Erste Große Strafkammer folgte diesem Antrag. Sie braucht nicht einmal lange Zeit für die Beratung, denn auch den beistehenden Schöffen war durch den Gang der Verhandlung klar geworden, wie Konkel die Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ für sich mißbräuhend ausgelegt hatte. So werden sich wieder einmal die Türen des Gefängnisses auf sechs Monate hinter einem Manne schließen, der da auszog, um die „rote Korruption“ auszurotten, und sich nun im Gefängnis davon auszuheilen kann.

Wenn Schmerzen ... Total. Ein prompt wirkendes, schmerzstillendes Mittel ist Total. Gliederschmerzen, gichtische, rheumatische und nervöse Schmerzen, Kopf- und Zahnschmerzen werden nach vorliegenden Urteilen mit Total-Tabletten erfolgreich bekämpft. Nicht weniger als 6000 Aerzte, darunter viele namhafte Professoren, dokumentieren laut notarieller Bestätigung die gute Wirkung des Total.

Leuten Viehfind zu machen, wenn er sie überhaupt gegeben hat; fest steht das nämlich keinesfalls.

So reißt sich ein ans andere und man kommt so langsam ins Kopfschütteln über die Arbeit des Pg. Schmidt. Auch sein Freund Nickel hat ganz eigenartige Rechnungen aufgelegt.

Die Verhandlung wurde nicht zu Ende geführt. Es scheint, daß man noch lange nicht so weit ist. Als nächste Ausgabe hat das Gericht eine Reihe von Zeugen zu hören, die über die verschiedensten Details der Affäre Schmidt und Co. Auskunft geben sollen. Die Verhandlung wurde verlagert. Anfang Juni wird man sich wieder sehen und Rechtsanwalt Kahreute verspricht auch, seine Mandanten mitzubringen, so daß man diese „Wirtschaftsführer“ wieder mal begrüßen kann.

Der Ueberfall auf das Gutshaus Wiens

Auch der SA-Führer Birz soll zahlen

Der Tumultschadenprozess Wiens gegen Birz und Gewossen, der schon seit einigen Monaten schwebt, ist immer noch nicht beendet. Es handelt sich um die Wiedergutmachung des Schadens, den der Gutshausbesitzer Wiens in Damerau im Herbst durch den Ueberfall auf sein Haus in der Nacht vor der Volkstagswahl erlitten hat. Wiens beziffert den Schaden auf etwa 5500 Gulden.

Am 7. April ist im Verlauf dieses Prozesses die Gemeinde Damerau bereits dem Grunde nach verurteilt, den Schaden zu ersetzen, weil das Tumultschadengesetz vorschreibt, daß in derartigen Fällen, wenn offene Gewalt vorliegt, die Gemeinde, in der der Ueberfall ausgeführt ist, den Schaden zu tragen hat. Nun behauptet Gutshausbesitzer Wiens, daß bei dem Ueberfall auch noch Einwohner aus den Dörfern Klein- und Groß-Richtenaun mit dabei gewesen sind. Außerdem hat Wiens den SA-Sturmführer Birz in Damerau verklagt.

Ueber die Teilnahme von Dorfbewohnern aus den Dörfern Klein- und Groß-Richtenaun hat das Gericht bereits umfangreiche Ermittlungen angeestellt. Vor Monaten war eine Reihe von vermutlichen Teilnehmern an dem Ueberfall zur Gerichtsverhandlung nach Danzig geladen. Fast alle erklärten aber, nicht dabei gewesen zu sein. Einige andere, unter ihnen der Maurer Ferlei, der früher Mitglied der SA war und bei dem Ueberfall dabei gewesen ist, hatten jedoch die Aussage gemacht, daß auch Einwohner der genannten Dörfer beteiligt gewesen sind, und daß

der Ueberfall planmäßig vorbereitet und durchgeführt wurde.

Die Zeugen waren jedoch nicht vereidigt worden, so daß man ihren Aussagen noch kein Gewicht beilegen kann.

Gestern wurde nun wiederum verhandelt. Auch diesmal kam man nicht zu Ende. Man war sich darüber einig, daß die vermutlichen Teilnehmer an dem Ueberfall, die schon vom Gericht gehört sind, jetzt noch vereidigt werden sollen. Das soll wegen der Kostenersparnis in Aussicht gesehen. Außerdem hat der Kläger noch zwei weitere Zeugen namhaft gemacht, die aber in Deutschland sind, und deren Adresse man anscheinend nicht finden kann.

In der Verhandlung am 7. April war dem Sturmführer Birz vom Gericht aufgegeben worden, sich darüber zu äußern, ob der Hauptbelastungszeuge, der frühere SA-Mann Ferlei, aus der SA ausgeschlossen ist, weshalb das Geschehen sein soll, und ob ihm dabei eine Rechtsbelehrung zuteil geworden ist. In der letzten Verhandlung mußte Rechtsanwalt Willers wiederum dem Gericht mitteilen, daß diese Arbeit noch nicht gemacht ist. Die Auskunft über den Ausschluss aus der SA und die eventuellen Beweggründe können für das Gericht ein Anhaltspunkt über die Glaubwürdigkeit des Zeugen sein. Anscheinend muß die Behauptung, daß Ferlei ausgeschlossen wurde, auf sehr schwachen Füßen stehen, denn es sind doch schon mehr als vier Wochen vergangen, seitdem das Gericht den Wunsch äußerte, über die Zugehörigkeit des Ferlei zur SA, etwas zu hören. Vielleicht haben die beklagten Gemeinden und auch der Sturmführer Birz kein Interesse daran, möglichst schnell Geld loszuwerden. Sturmführer Birz war nämlich auch gestern nicht zur Gerichtsverhandlung erschienen, denn er soll krank sein.

Zu erwähnen ist noch, daß die beklagten Gemeinden dem Gutshausbesitzer Wiens einen Vergleich angeboten haben, nach welchem sie bereit waren, 3000 Gulden zu zahlen. Dieser Vergleich ist abgelehnt worden. Der vom Gericht vorgeschlagene Vergleich über Zahlung von je 1500 Gulden von jeder Gemeinde ist ebenfalls nicht zustande gekommen. Das Gericht, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Moriz, beschloß gestern, über die Teilnahme der Dorfbewohner aus Gr.- und Kl.-Richtenaun Beweis zu erheben.

Hoher Kommissar nach Genf abgereist

Zur Teilnahme an der Ratstagung

Anlässlich der Genfer Ratstagung ist der Hohe Kommissar des Völkerbundes gestern abend nach Genf gefahren.

Der Danziger Hafen wird geräumt

Großes Schwimmdock wird nach der See geschleppt

Am Sonntag, dem 10. Mai 1936, wird das auf der Schichtwerft hier selbst neu erbaute Schwimmdock von der Schichtwerft durch die Lote Weichsel nach der See von Danzig-Neufahrwasser gebracht werden. Um die Fahrt für dieses große Dock freizumachen, sind sämtliche in der Lote Weichsel von der Schichtwerft bis zur Polnischen Post und vom oberen Ende des Marineoffizierslager bis zur Ecke beim Hafendamm sowie im Hafenanale liegenden Fahrgänge zu verlegen. Da das Dock um die Ecke

Messe-Schmidt & Co.

Sie verlangen insgesamt 5000 Gulden — Geschichten von der Braunen Messe

Nach dem Umbruch tauchte ein großer „Wirtschaftsführer“ in Danzig auf, der die Danziger Wirtschaft anzureichern und das Danziger Handwerk auf die Beine bringen sollte. Das war im Jahre 1934 und dieser „Wirtschaftsführer“ hieß Hans-Joachim Schmidt, sein Sozius und Adjutant war Herbert Nidel, beide iramme SA-Männer. Ihr Unternehmen hieß „Braune Messe“ — jetzt wird wohl jeder im Bilde sein. Wie schon so oft beobachtet in der „neueren“ Geschichte, war es auch hier; dem steilen Höhenflug dieser beiden Organisationen folgte sehr schnell der Absturz in die Tiefe. Einer von ihnen fiel mit einer Zwischenlandung vor dem Richter gleich in die kleine Wohnung mit den schwebeligen Gardinen. Wegen Betrügerei, Unterschlagungen und anderer schönen Dinge wanderte „Wirtschaftsführer Nr. 1“, Hans-Joachim auf 1 Jahr und 3 Monate ins Gefängnis. Nach seiner Entlassung ist er aus Danzig verschwunden und soll jetzt bei einer nationalsozialistischen Banabteilung in Deutschland beschäftigt sein. Vor seiner Abreise bemühte er aber noch einmal die Danziger Gerichte und

Unternehmungen, u. a. des Instituts für deutsche Wirtschaftspraxispropaganda, des Königsberger Messenamtes, der Danziger Städte-Neufame und der Danziger Kunst- und Werbezentrale. Die Büroräume des „Wirtschaftsführers und Neufamannes“ Schmidt befanden sich anfangs auf dem Polzmarkt, wurden dann aber zur Reibbahn verlegt. Sieben Zimmer mietete man, davon benutzte Sch. vier als Privatwohnung. Er zahlte für die Wohnung selbst keine Miete, da das Berliner Institut allein 125 Gulden zahlte, was genau der Höhe der Miete für alle Räume entsprach. Außerdem erhielt er noch von den anderen Unternehmen einen Mietzuschuß für seine Geschäftsräume. Bücher waren fast keine da. Wenn zufällig eine Kasse bestand — für alle Vertretungen gemeinsam — war sie im Handumdrehen „vergriffen“. Es fing gleich ganz schon an. Der Berliner Anwalt erklärte, daß schon seit dem März 1934 Abrechnungen nicht mehr nach Berlin gelangten. Seit dieser Zeit, März 1934, hatte die Zentrale keinen Ueberblick mehr in Danzig und man wurde von unangenehmen Ahnungen heimgesucht. Während der Verhandlung kamen einige „schöne Erinnerungen“ zur Sprache.

Sehr interessant ist das Kapitel von dem Auto Nidels.

Herbert Nidel wollte nämlich nicht mehr mit der Straßenbahn fahren und kaufte sich ein Auto. 3-4000 Gulden zahlte er gleich, für den Rest gab er Wechsel. Als der Tag der Einlösung kam, war er „gerade nicht bei Kasse“ und sein Freund Hans-Joachim sprang ihm bei. Das Auto wurde von dem Institut für Wirtschaftspraxispropaganda erworben, man zahlte dem Gläubiger den Rest von 1800 Gulden und Nidel erhielt nun das Auto von der Firma für seine „Geschäftsreisen“ zur Verfügung gestellt. Aber damit noch nicht genug, bekam er noch eine laufende Entschädigung für die Benutzung des Autos, man wollte ihm wohl so nach und nach die geleistete Anzahlung von 3-4000 Gulden zurückerkatten. Doch einige Wochen später zeigte sich Schmidt als „geschäftstüchtiger“ Kaufmann. Er machte nämlich ein Geschäft und

verkauft das Auto für sage und schreibe 300 (dreihundert) Gulden an einen SA-Sturm.

In der Verhandlung meinte Rechtsanwalt Kahreute zu diesem Punkt, das sei kein Verkauf gewesen, sondern Sch. habe das Auto gewissermaßen als Spende gegeben, zum Dank für die von der SA. gestellten Ehrenwachen bei den Veranstaltungen des Instituts. (!)

Eine andere, etwas dunklere Angelegenheit, ist die Sache mit der

Reise-Lotterie.

100 000 Lose sollten verkauft werden und sind es anscheinend auch. Jetzt erklärt Sch., es seien nur 90 500 verkauft, für die restlichen 500, die er auch abgerechnet haben will, verlangt er keine Provision, 20 bis 30 Pfennig, also könne 150 Gulden. Diese restlichen Lose sind aber nicht nach Berlin zur Zentrale gekommen, sondern Schmidt hat sie veräußert. (Schmidt sollte einen anderen Verus ergreifen, wir schlagen vor: Märchenerzähler.) Auch eine Spende für das Goldene Buch in Höhe von 100 Gulden spielt eine Rolle. Schmidt will sie nämlich für die Firma angelegt haben und fordert deshalb das Geld zurück. Der Berliner Vertreter meinte dazu, Sch. habe die 100 Gulden aus eigener Tasche gegeben, um sich hier in Danzig bei verschiedenen

verklagt gemeinsam mit seinem Freund Nidel das Institut für deutsche Wirtschaftspraxispropaganda in Berlin auf Zahlung von insgesamt 4000 Gulden.

Bei diesem Institut, das die „Braune Messe“ in Danzig und fast allen größeren deutschen Städten finanzierte, war Schmidt als Landesleiter und Geschäftsführer tätig gewesen. Nidel war sein Mitarbeiter.

Das Arbeitsgericht hatte sich mit dieser Klage des Schmidt und seines Kameraden Nidel zu beschäftigen. Nachdem schon vor einigen Wochen ein Vortermin stattgefunden hat, wurde gestern unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Kaiser in einem neuen Termin verhandelt. Zu dieser Verhandlung waren der Leiter des beklagten deutschen Instituts, ein Herr von Busch, mit seinem Rechtsanwalt mit dem Flugzeug von Berlin nach Danzig gekommen, um den Ansprüchen von Schmidt und Co. entgegen zu treten. Vielleicht haben sie auch dabei die Hoffnung gehabt, diesen alten Bekannten wieder mal ins ehrlüche Antlitz schauen zu können. Doch sie sollten enttäuscht werden, die beiden Herren waren nicht erschienen — kein Wunder, wo sie keine Autos mehr haben — sondern ließen sich von Rechtsanwalt Kahreute vertreten.

Schmidt fordert von dem Berliner Institut für unabhängiges Gehalt, Provision, veranzlagte Nidel für die Geschäftsräume, für Anspfang, Spende für das Goldene Buch usw. die runde Summe von 3000 Gulden. Nidel will sich schon mit 1000 Gulden begnügen. Die Beweisaufnahme, Kampfrührung der Berechtigung der Ansprüche, ist sehr kompliziert, denn die Ansprüche werden vom Berliner Rechtsanwalt als ungerichtlich zugewiesen. Sie ist im großen und ganzen nichts anderes, was auch ganz natürlich ist, als eine nochmalige Erörterung der Betrügerei, die bei der „Braunen Messe“ begangen worden sind. Wir haben schon im vorigen Jahr, als der Strafprozess gegen Schmidt stattfand, eingehend darüber berichtet.

Es wurde auch jetzt wieder festgestellt, daß in diesem Unternehmen die unglücklichsten Jährlinge herrschten. Alles ging runter und drüber.

Man lebte auf großem Fuße und hatte mehr Autos, als eine Generaldivision. Schmidt war Vertreter von mehreren

Weine - Liköre

Süßwein, Rotwein, Tarragona } Liter 2.25 | Bienenwaben Fl. 1.50, Maitrank Fl. 2.25

sowie Cognac, Rum, Liköre, Tafelweine usw. billig und gut nur von

WOYTHALER

Danzig, Hundestraße 15, Langfuhr, Adolf-Hütten-Str. 22

Englands Stellung

Die Wäden in seiner Rüstung

Während die englische Öffentlichkeit ganz unter dem Eindruck der abessinischen Tragödie steht, vollziehen sich, dem Grundpunkt der allzustarrenden Kritik entricht, die Vorbereitungen für die beschleunigte Aufrüstung des Landes. Wohl noch niemals ist dem englischen Volke seine Lage so klar geworden, wie in diesen Monaten höchster weltpolitischer Spannungen. Das Kriegsgespinnst tritt täglich vor sein geistiges Auge, aber es muß einsehen, daß das englische Reich mit der militärischen Entwicklung der allerletzten Jahre nicht Schritt gehalten hat. Bemerkenswert war das von dem Schatzkanzler im Unterhaus ausgesprochene Schuldenbekenntnis. Alle seit dem Kriegsende sich folgendes Regierungen teilen sich die Verantwortung. Das Ergebnis war die Entschleunigung immer größerer Wäden in der britischen Rüstung. Diese Wäden müssen so rasch als möglich ausgefüllt werden, da die kollektive Sicherheit, worauf England so völlig abstellte, sich bisher nicht hat verwirklichen lassen.

Großbritannien sieht sich durch die italienischen Erfolge in Ostafrika, in eine für eine Weltmacht eher demütigende Lage verkehrt; beinahe mit Hohn hat ja die italienische Presse auch ihrerseits in die Wäden der britischen Rüstung hingewiesen, von denen der Schatzkanzler gesprochen hat. In einer in Manchester gehaltenen Rede hat sich der Kriegsminister Duff Cooper geäußert: „Unser rechter Arm ist weniger stark, als unsere Stimme, während das Gegenteil der Fall sein sollte. In diesem Moment ist unser Land tatsächlich aufstehende, und dies ist eine äußerst ernste Tatsache (in solem fact), an einem großen Kriege teilzunehmen. Derart haben wir unsere Nachmittage perikummen lassen, während unsere Verantwortlichkeiten nur immer noch größer geworden sind.“

Wie seit 1914 sei die Lage so ernst gewesen; ja, für den britischen Kriegsminister steht heute noch Größeres auf dem Spiel als damals.

Die Regierung, schloß Duff Cooper seine Rede, spare weder Zeit noch Geld, um das Versäumte nachzuholen und jeder Eventualität gewachsen zu sein. „Gott gebe, daß sie damit nicht zu spät kommt!“

Die zwei Wäden „zu spät“, im Dasein des Einzelmenschen und noch mehr im Leben der Staaten von schicksalhaftester nie wieder gut zu machender Bedeutung, sind es, die heute so manchen erklären, so manchen, das dem Außenstehenden unbegreiflich erscheint, wenn er sich von der englischen Haltung eine Vorstellung machen möchte. England ist überfordert worden von der großen Aufrüstungswelle der Staaten des Festlandes. Vielleicht nicht so sehr überrascht, als es sich in Sicherheit gewiegt hat. Man muß es feststellen, daß sein Reich wohl groß, daß seine Mittel ungeheurer und sein Ansehen außerordentlich sind, aber seine militärische Macht ist zurückgefallen. Und die, so befürchtet es, werde in jeder nicht allzu ferner Zukunft in die Waagschale geworfen werden müssen. Dringender, mahrender als je erheben angelegene Militärschriftsteller ihre Stimme. Die im Weltkrieg für militärische Zwecke vorgesehenen Ausgaben stellen sich heute schon als ungenügend heraus; das Tempo der Aufrüstung sei nicht rasch genug. So ist hervorzuheben die Spezialisten der Flugzeuge zufolge das Programm für den beschleunigten Ausbau des britischen Kriegsflugwesens durchaus unzureichend; bis die im Weltkrieg angelegte Zahl von Flugzeugen erreicht sei, würden andere Mächte mit noch größeren Anstrengungen ihren gegenwärtigen Vorsprung noch vergrößert haben. Zudem ist es mit den Maschinen nicht getan; die militärischen Dienste brauchen auch Menschen. Die kontinentalen Militärmächte verfügen in dieser Hinsicht über ein fast unerschöpfliches Material; nicht so Großbritannien, seitdem es zum Freiwilligenystem zurückgekehrt ist. Es ist sehr die Frage, ob es damit auf die Dauer auszukommen vermag. Daß das Landheer längst nicht die numerische Stärke und die straffe Organisation besitzt, wie bei Beginn des Weltkrieges, ist ein offenes Geheimnis; bei den letzten Generalstabsbesprechungen werden Franzosen und Belgier nicht verstimmt haben, auf diese für sie so beehrliche Wäden in der britischen Rüstung hinzuweisen.

Die nicht sichtbaren Hilfsmittel Großbritanniens und des britischen Reiches sind ungeheuer und werden zusammen mit der Fähigkeit des englischen Volkcharakters, auch in einem neuen Kriege den Ausschlag geben, so viel von den ersten Operationen abhängen mag. Aber die von Baldwin in seinem Wahlkreis Worcester gehaltene Rede

ist doch vor allem charakteristisch durch das Gefühl einer tiefen Bedrückung angesichts der gegenwärtigen Weltlage.

Die britische öffentliche Meinung befaßt sich zur Zeit vorwiegend und zum Teil leidenschaftlich mit Italien. Nichts verleiht die englische Eigenliebe so sehr, wie die Feststellung, daß eine Macht, immerhin nicht allerersten Ranges, die bis vor kurzem bis zu einem gewissen Grade zu den Abhängigen Großbritanniens gezählt hatte, nun mit einem Mal unter der Führung eines Diktators sich über ein britisches Veto hinwegsetzen und dem britischen Löwen Trost bieten sollte.

Doch das ist in großem Umfange die mehr oder weniger gefühlsmäßige Einstellung des Volkes, die von den Regierenden allerdings nicht außer acht gelassen werden darf, sollen nicht unangenehme Ueberraschungen eintreten. Der Blick der Verantwortlichen aber richtet sich, vielleicht mit noch größerer Sorge, auf den Rhein, wo man möglicherweise mit noch unmittelbarerem Gefahren zu rechnen hat.

Im Augenblick ist Großbritannien nicht im Vollbesitz seiner ganzen Bewegungsfreiheit. Die Wäden in der Aufrüstung, sie müssen zuerst und schleunigst ausgefüllt werden. Aber der Zeitpunkt wird kommen, da es wieder seine beherrschende Stellung einnehmen und eine andere Sprache führen wird; gegenüber jenen Mächten, die — nach seiner Ansicht — heute das europäische Gleichgewicht aneinander gedrückt haben. Im gegenwärtigen Augenblick fühlt es sich auf seine finanzielle und weltwirtschaftliche Macht. Von dieser letzten Endes noch immer ausschlaggebenden Kraft wird England, auch in den derzeitigen politischen Wirren seine dominierende Stellung ableiten; und sie wird England auch in den Stand setzen, seine militärischen Nachmittage umfassend und so schnell zu verstärken, daß es neben der finanzwirtschaftlichen Stellung alsbald auch als militärisch-machtpolitischer Faktor seinen Platz einnimmt.

Die Schwierigkeit der Rekrutierung

Kriegsminister Duff Cooper machte kürzlich in einer Rede die aufsehenerregende Mitteilung, daß von der planmäßigen Zahl von 11 000 Mann, die für die Aufverteidigung des Mutterlandes gebraucht würden, noch immer nicht weniger als 7000 Mann fehlten.

Jamara politik wieder aktiv. Der abgesetzte spanische Staatspräsident Nicolo Jamara will seine politische Tätigkeit wieder aufnehmen. Er erklärte, daß er alle persönlichen Beziehungen mit denen abbrechen werde, die seinen Sturz herbeigeführt hätten. Das nachfolgende sei für ihn nicht leicht, sich vom politischen Leben völlig zurückzuziehen und der Geschichte das Urteil über seine Tätigkeit als Staats-

präsident zu überlassen. Aber die Tatsache, daß er der erste rechtmäßige Präsident der spanischen Republik gewesen sei, verpflichte ihn, sich weiter für die bürgerliche Republik einzusetzen.

„Mehr oder weniger große Bedrücknis“

Was ein reichsdeutsches Blatt über die deutschen Einkommen feststellt

Die Montagausgabe der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht an führender Stelle einen Artikel, der mit der Feststellung beginnt:

„Fast 90 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland haben ein Einkommen bis zu 250 Mark monatlich, 65 Prozent verdienen 125 Mark monatlich oder weniger.“

Nach den rauhenden Staatsfeiern unter der Devise „Freud euch des Lebens“ erregt dieser Artikel großes Aufsehen. Es ist ein absoluter Einzelfall, daß in einer deutschen Zeitung ausgeführt wird, „daß trotz der angelegentlichsten Arbeit Aller ein nicht geringer Teil des Volkes sich in mehr oder weniger großer wirtschaftlicher Bedrücknis befindet“. Weiter wird in dem Artikel auf die „unerhörte Körperliche und moralische Leistung“ der Arbeiterklasse hingewiesen. Denn bei der Preissteigerung auf allen Gebieten mit den mageren und abgebauten Löhnen auch nur den notwendigen Lebensunterhalt zu befreiten, bedeutet einen täglichen schweißenden Selbstenkampf und ein Neuentfaltung, das nicht leicht ist. Der Aufsatz ruft Adolf Hitler und „auch den Nationalsozialismus gesteigerte Verhältnisse für soziale Fragen“ als Kronzeugen der Notwendigkeit an, darüber zu reden, obwohl viele meinten, es habe dem Ansehen Deutschlands im Ausland.

Es ist denkbar, daß dieser Alarmruf im Zusammenhang mit den Darlegungen des veröffentlichten Berichtes über die Leipziger Messe steht, in dem es heißt, daß sich sämtliche Aussteller der Gruppe Bekleidungs- und Textilwaren und ein Viertel aller übrigen Messeaussteller dahingehend äußerten, daß Deutschland neben Japan, der Tschechoslowakei, teilweise auch neben England, Amerika und sogar Schweden, zu teuer produziere. Der Artikel richtet sich anscheinend gegen neue Lohnsenkungsabsichten, die sich in den interessierten Kreisen bemerkbar machen, und will darauf hinweisen, daß das heutige Lohnniveau schon völlig ungenügend ist. In jedem Falle ist der Artikel ein unanfechtbarer Beweis dafür, wie wenig gut es heute dem deutschen Arbeiter unter der Herrschaft des Dritten Reiches und der Industrie geht.

Eine auffällige Exzentriker

Der Hitler-Geburtsstagsartikel der „Preussischen Zeitung“

Was geht da vor, werden sich die Leser der in Königsberg erscheinenden nationalsozialistischen „Preussischen Zeitung“ gefragt haben, als sie den Geburtsstagsartikel zum Geburtsstags Hitlers in der Ausgabe vom 20. April lasen. Er „ug den Titel „Menschen — Ideen — Dinge“ und war von Helmut Sommer, dem Hauptredakteur der Zeitung gezeichnet. Nun muß man wissen, daß der Hauptredakteur der „Preussischen Zeitung“ ein Spielball in der Hand des Gauleiters Koch ist. Wenn nun, wie man in eingeweihten Kreisen munkelt, der Herr Hauptredakteur etwas bei seinem großen Herrn in Ungnade gefallen ist, so liegt es klar auf der Hand, daß Herr Sommer bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit versucht, seinen großen Meister zu erfreuen. Und diese Absicht läßt der Artikel deutlich erkennen.

Der Gauleiter hat schon immer seine absonderlichen christlichen Tönen geritten. Man erinnert sich, wie sehr ihm der Verein christlicher Junger Männer am Herzen gelegen hat. Auch weiß man in eingeweihten Kreisen wohl Bescheid, wer mit der Bezeichnung „Buppertaler Mader“ gemeint ist. Was lag nun näher, als daß der Herr Hauptredakteur hergeht, und einen christlichen Geburtsstagsartikel schreibt? — Einen ausgesprochen christlichen Geburtsstagsartikel!

Während Rosenbergs von der christlichen und der nationalsozialistischen Idee als von zwei unvereinbaren Gegenständen spricht, meint Sommer in seinem Artikel: „Es gibt nur zwei Ideen, deren Licht und Wärmekreis eien Menschen ganz erfüllen können, die christliche und die nationalsozialistische. Gut sein — deutsch sein! Beide haben ein Ziel. Das seelische und körperliche Wohlergehen des Menschen nach Maßgabe seiner Lebensführung und Leistung.“ — Während man nun weiterhin im „Mithras“ des 20. Jahrbuchers“ (Seite 803) liest: „Augefacht werden muß ein für allemal das sog. Alte Testament als Religionsbuch. Damit entfällt der mißlungene Versuch der letzten anberthalt Jahrtausende, und geistig zu finden zu machen, ein Verzicht, dem wir u. a. auch unsere furchtbare materielle Judenhererschaft zu danken hatten“ — so bringt es der Hauptredakteur der „Preussischen Zeitung“ sogar fertig, den Bruder Joseph aus dem Alten Testament als Kronzeugen anzurufen, indem er sagt: „Aber wie sagt schon Bruder Joseph im Alten Testament: Ihr gebachtet es böse zu machen...“

Herr Sommer gedachte es allerdings gut zu machen, wenigstens was sein Verhältnis zu Gauleiter Koch anbetrifft. Aber man glaubt doch, daß er es nun erst recht „böse“ gemacht hat. Denn wehe, wenn der Herr Rosenbergs der Allgewaltige über das Schicksal des Dritten Reiches, davon erfährt. Oder auf wen mag Herr Sommer gezielt haben, als er mit Joseph sprach: „Ihr gebachtet es böse zu machen...“?

Deutschland erhöht Kerzenpreise

Braunschweigerkerzen (ist verboten werden

Die deutsche Brauntollenherstellungindustrie hat vor einiger Zeit eine Verbodhaltung des Paraffinpreises verlangt, weil die Erträge für aus Brauntollen gewonnenes Paraffin für die Verschmelzungsalternation von Bedeutung sind und bei den niedrigen Kerzenpreisen ein zufriedenstellender Paraffinpreis nicht zu erlangen war. Die Paraffinpreise haben in den letzten Jahren unter starkem Druck, weil das aus Erdöl gewonnene Paraffin als Nebenprodukt in jedem Preis abgefahren werden kann. Der deutsche Paraffinbedarf wurde bisher vorwiegend aus den USA, Indien und Rußland geholt und beantragte 6 Mill. Mark Devisen. Durch Verwertung der Paraffinresten, welche die inländische Paraffinproduktion restlos machen soll, wird nun ein Ertrag dieser Einfuhr durch erhöhte Inlandgewinnung in die Höhe geholt. Durch den Abschluß eines Paraffinabkommens mit der Regierung werden geordnet und die Preise so festgesetzt werden, daß die Verwendung inländischen Paraffins kommt unter dem Druck der Devisenknappigkeit immer weniger in Betracht. Die neue Paraffinproduktion aber erlaubt höhere Preise. So hat haben sich die Folgen der deutschen Erzeugerpolitik wohl schon gezeigt.

Englisch die erste Fremdsprache. Der Reichs- und preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat folgenden Erlass herausgegeben: Mit Beginn des Schuljahres 1937 ist an sämtlichen höheren Schulen — mit Ausnahme der Gymnasien für Jungen — Englisch die erste Fremdsprache.

Widerlegung der „roten Mißwirtschaft“

Erklärungen des Reichsfinanzministers

Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk sprach am Mittwoch in Frankfurt vor einem ausgemählten Kreise über die Reichsfinanzpolitik. Von Interesse ist es, daß Schwerin-Krosigk auch hier wieder betonte, daß die Krise, die mit Beginn dieses Jahrzehnts Deutschland zu erfassen begann, nicht auf der Mißwirtschaft der Systemparteien beruht habe, sondern daß die Anfangsgründe der Krise sogar in die Vorkriegszeit zurückzuführen, in denen sich die Strukturwandlungen der Weltwirtschaft vorbereitet hätten. Diese Wandlungen seien durch den Krieg und die Nachkriegsentwicklung voll in Erscheinung getreten. Diese sachlichen Feststellungen eines Mitgliedes der Deutschen Reichsregierung kontrastieren recht eigenartig zu den früher so beliebten Agitationsphrasen über die „Mißwirtschaft“. Sie bedeuten eine Widerlegung des früheren, von wenig Hemmungen beschwerten Stimmensfangs, der mit diesen Parolen getrieben wurde.

Etwas Klarheit über die Hintergründe der Ernennung Görings zum obersten Leiter sämtlicher Wirtschafts- und Finanzressorts der Deutschen Regierung vermag eine Stelle der Rede zu schaffen, an der Schwerin-Krosigk die Notwendigkeit der Konzentrierung der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte auf dem Gebiet der Staatspolitik wie der Kapitalmarktpolitik auf die „Durchführung der großen nationalen Aufgaben“ begründete. Die Ernennung Görings zum obersten Wirtschaftlenker bedeutet also die völlige Unterordnung der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik unter den einen Gedanken der Aufrüstung und der wirtschaftlichen Wehrhaftmachung, nachdem sich im Weltkrieg in Deutschland gezeigt hat, wie verhängnisvoll sich eine mangelnde wirtschaftliche Vorbereitung eines Landes zum Kriege auswirken muß.

Der Appell des Ministers, daß große Ziele nur erreicht werden könnten, wenn der Feind gequält würde, klingen sehr an gewisse Gedankengänge Dr. Schachts an, die er kürzlich im „Deutschen Volkswirt“ verlaublich ließ und die sich ganz offenbar gegen eine im heutigen Deutschland betriebene Ausgabenwirtschaft richten, die mit sparsamer Finanzabgabe offenfeindlich nicht zu vereinbaren ist.

Daß die künstlich in Gang gebrachte Aufrüstungskonjunktur abzulauen beginnt, zeigt der Schlussappell des Ministers in seiner Rede, in der er zur vertrauensvollen Mitarbeit aufrief. Ob dieser Aufruf aber helfen wird, muß nach den überall in Deutschland gegenüber der Regierungspolitik herrschenden Zurückhaltung stark bezweifelt werden. Alles in allem vermittelt die Rede, in der auch auf die Spannungen eingegangen wurde, die sich in dem verhältnismäßigen Zurückbleiben der Verbrauchswirtschaft und in Deutschlands Devisen- und Rohstofflage gezeigt hätten, einen kurzen Ueberblick über das gehäufte Maß wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Reibungen, die im Laufe der letzten 8 Jahre in Deutschland aufgetreten sind.

Der verheiratete Mann und das Mädchen

Tätliche Beleidigung, wenn er sie verführt

Das Reichsgericht hat eine Entscheidung gefällt, von der Oberlandesgerichtsrat Dr. Schäfer (Reichsjustizministerium) erklärt, daß sie auf dem Boden des geltenden Rechts eine Forderung der Denkfähigkeit des preussischen Justizministers „Nationalsozialistisches Strafrecht“ vermindere.

Diese Forderung wollte als Verheirathungswider denjenigen bestrafen wissen, der die Ehe verführe, ohne dieses Verbrechen wanken zu wollen, und der dadurch eine unbescholtene Frau zum intimen Verkehr verführt. Die neue Reichsgerichtsentcheidung stellt fest:

daß es der Volksschauung entspricht, wenn ein Mädchen, das sich wesentlich mit einem verheirateten Mann in intimen Verkehr einläßt, allgemein verurteilt werde.

Auf derselben Volksschauung beruht es, daß ein Mädchen, das einem verheirateten Manne in der Hoffnung auf eine spätere Eheschließung gewisse Freiheiten auf geschlechtlichem Gebiete nicht abelnehme, sich dann schwer gekränkt fühle, wenn es nachträglich feststellen müsse, daß dieser Mann verheiratet war, so daß keine Aussicht auf eine Eheschließung bestände. Ein Mädchen, das sich mit einem verheirateten Mann abgegeben habe, werde auch stets, selbst ohne Kenntnis des Verheirathetseins, fürchten müssen, im Falle des Bekanntwerdens ihrer Beziehungen in den Verdacht zu geraten, wesentlich mit einem verheirateten Manne verkehrt zu haben. Wenn der Angeklagte in Kenntnis dieser Volksschauung (für die der Umstand des Verheirathetseins der Heirat spricht) gehandelt habe, komme tätliche Beleidigung auch dann in Frage, wenn er ein Einverständnis angenommen, das nach seiner Ansicht nicht erteilt wäre, wenn das Mädchen gewußt hätte, daß er verheiratet war.

Der letzte Satz ist „Justizdeutsch“. Er soll wohl heißen: Tätliche Beleidigung ist, wenn ein verheirateter Mann einem Mädchen etwas vorganzelt, um sie verführen zu können.

Aus dem Dritten Reich

Das Schöffengericht Frankfurt verurteilte einen 24-jährigen sächsischen Angeklagten wegen Beleidigung einer geschiedenen arischen Frau zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr. Das Gericht kam zu der Feststellung, daß die Aussagen, die der Angeklagte der Frau gestellt habe, daß g a n z deutsche Volk beleidigt hätte. Er sei ausdrücklich geworden und habe ihre Hilfe für sudenweilige Beziehungen verlangt. Der Verdacht, daß es zu weitergehenden Beziehungen gekommen sei, habe sich nicht nachweisen lassen.

Die „Bielefelder Nachrichten“ in Göttingen i. B. haben ihr Erscheinen eingestellt. Der „Münchener“ in Gernsbach ist in den Rastatter Verlag Greiser übergegangen. Am 1. Mai erfolgte die Uebergabe des bisher im Verlag Greiser in Karlsruhe erschienenen „General-Anzeiger“ an den neuen Besitzer, die „General-Anzeiger-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H.“

Der Reichsjugendführer hat angeordnet, daß Sprechstunde bei Veranstaltungen der Hitlerjugend bis auf weiteres nicht mehr aufgeführt werden dürfen. In seiner Erwählung sagt der Reichsjugendführer, er habe besonders in letzter Zeit einigen Veranstaltungen der Hitlerjugend beigewohnt, die von Sprechstunde umrahmt gewesen seien, und er müsse gestehen, daß die meisten dieser Darbietungen unzureichend gewesen seien. Abgesehen davon, daß der gute Wille des Verfassers solcher Sprechstunde meistens im Widerspruch zu seiner Beholdungsart steht, sollte er Sprechstunde dieser Art für ungenügend, um nicht zu sagen unendlich.

Der sächsische Schulreferent von Nürnberg gab in einer Tagung der Reichsleiter bekannt, daß auf Anregung der Gauleitung der NSDAP von dem Rumpfmotor Kurt Weidlich ein Porträt des Schweizer Bundesleiters der NSDAP, Wilhelm Guckloff geschaffen wurde. Von diesem Gemälde sollen 200 Reproduktionen mit der Unterschrift „Wilhelm Guckloff, ermdet von einem Juden“ in den 200 Klassenstimmern der Nürnberger Schulen aufhängt werden.

Polen reglementiert Gesamt-Einfuhr

Die Ergänzung der Devisenwirtschaft — Die Einfuhr einfuhrbewilligungspflichtig

Die Polnische Telegraphenagentur teilt mit:

Der polnische Ministerrat hat eine Verordnung erlassen, mit der die Einfuhr sämtlicher Waren verboten wird. In einer amtlichen Verlautbarung wird erklärt, daß dieses Verbot lediglich eine technische Maßnahme darstelle. Sie enthalte praktisch keine neue Beschränkung des Außenhandels und bedeute nicht, daß die Einfuhr aller Waren unmöglich sei. Die Verordnung schaffe vielmehr ein wirksames Mittel zur Kontrolle der Einfuhr in Verbindung mit der kürzlich in Kraft getretenen Devisenkontrolle.

Die Importeure von Waren, deren Einfuhr grundsätzlich verboten ist, können im Rahmen der autonomen und der vertraglichen Kontingente nach Maßgabe des bisher für verbundene Waren geltenden Verfahrens Einfuhrgenehmigungen erhalten. Die Verordnung sieht eine Anzahl von Ausnahmen vor, namentlich hinsichtlich des Verfahrens, wie es das deutsch-polnische Abkommen aus dem Jahre 1922 bezüglich Überseelebens bestimmt.

Die neue Maßnahme der polnischen Regierung bezweckt eine völlige staatliche Lenkung der Einfuhrpolitik und eine Unterordnung der gesamten Bedürfnisse des innerpolnischen Marktes unter die Möglichkeiten der polnischen Zahlungsbilanz. Es war vorauszusetzen, daß die polnische Regierung, wenn sie auf dem von ihr durch Einfuhr der Devisenbewirtschaftung eingeschlagenen Wege folgerichtig weitergeschritten wolle, sich gezwungen sehen würde, die gesamte Einfuhr behördlicher Reglementierung zu unterwerfen, um nur für solche Einfuhrwaren Devisenzuteilungen vorzunehmen, deren Import nach Polen ihr im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse und im Interesse der Wirtschaftspolitik der Regierung erwünscht ist. Erst durch die behördliche Reglementierung der gesamten Einfuhr wird die Möglichkeit geschaffen, daß Polen die Devisenzuteilung für die importierten Waren in ausreichendem Umfange vornehmen kann. Denn dadurch wird die Garantie geschaffen, daß Polen Waren nur in dem Maße einführt, in dem Zahlung dafür geleistet werden kann. Schon in unseren ersten Besprechungen der polnischen Devisenbewirtschaftung haben wir erwähnt, daß sie erst dann ihre volle Wirksamkeit erziele, wenn sie mit einer Einfuhrreglementierung für alle Waren verknüpft ist.

Allerdings sind die neuen Einfuhrverbote nicht von so weittragender Bedeutung, wie es auf den ersten Augenblick scheint. Denn schon bisher war der größte Teil der nach Polen importierten Waren einfuhrverboten und ihr Import nur auf Grund besonderer, von der Zentralen Einfuhrkommission in Warschau erteilter Einfuhrbewilligungen möglich. Die Schätzungen, welcher Anteil der polnischen Einfuhr auf diese grundsätzlich einfuhrverbotenen Waren entfällt, gehen auseinander. Die Zahlen schwanken zwischen 60 und 80 Prozent des gesamten polnischen Imports. Durch die neue Verordnung werden also nur die restlichen 20—40 Prozent der polnischen Gesamteinfuhr betroffen. Um Irrtümern über den Inhalt der Verordnung zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß das grundsätzliche Einfuhrverbot nicht bedeutet, daß die bisher einfuhrverbotenen Waren überhaupt nicht mehr nach Polen eingeführt werden dürfen, sondern nur, daß ihre Einfuhr lediglich nach Erteilung einer Einfuhrbewilligung, also im Rahmen der von den Behörden festgesetzten Einfuhrkontingente möglich ist.

Außerdem schafft sich die polnische Regierung für die Handelsvertragsverhandlungen mit fremden Staaten, die in Anbetracht der Notwendigkeit der Balanzierung der Zahlungsbilanz sich auf eine Reform der bisherigen Handelsverträge richten werden — eine Maßnahme, die regierungsseitig schon angekündigt worden war — eine neue Waffe. Denn die Einfuhrverbote auf alle Waren schaffen die Möglichkeit, Sonderkontingente für alle Waren den einzelnen Vertragspartnern zuzubilligen, wodurch die Stellung Polens bei Handelsvertragsverhandlungen naturgemäß eine Stärkung erfährt.

Die neue Verordnung paßt sich also durchaus in den durch die Devisenwirtschaft eingeschlagenen Weg ein und bildet die logische Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen. Sie bildet den Schlüsselstein zu dem Gebäude strenger Einfuhrreglementierung, dessen Fundamente schon durch die bisher geltenden Einfuhrverbote gelegt worden waren, und das seinen weiteren Ausbau durch die Devisenwirtschaft gefunden hatte.

Nach den bestehenden vertraglichen Bestimmungen dürfte der Export Danzigs nach Polen durch die neue Verordnung nicht direkt berührt werden. Allerdings erschwert die neue Verordnung den Warenbezug Danziger Firmen aus dem Auslande, da für Danzig die polnischen Einfuhrverbote gleichfalls Gültigkeit besitzen, und macht ihn ebenso wie denjenigen polnischer Firmen in vollem Umfange von Einfuhrbewilligungen der Warschauer Zentralinstanzen abhängig.

Holländischer Sozialistenführer gestorben

Kürzlich ist der holländische Sozialistenführer Dr. F. M. Wibaut nach längerer Krankheit verstorben. Wibaut hat ein Alter von 77 Jahren erreicht. Schon 1907 wurde Wibaut in den Amsterdamer Gemeinderat entsandt, wo er die Interessen der Arbeiterklasse mit großer Umsicht und Kraft wahrnahm. Er wuchs bald über einen engeren Aufgabenkreis hinaus und wurde neben Troelstra zum lebendigen Symbol der holländischen Arbeiterbewegung. Das große Aufbaumerk der Gemeinde Amsterdam, das jenem des roten Wien kaum nachsteht, ist vor allem das Verdienst Wibauts. Wie kommt Wibaut? (Wer hat? Wibaut!), sagte man in Amsterdam. Für Krüge organisierte Wibaut die Lebensmittelversorgung der holländischen Hauptstadt. Nach dem Kriege vermalte er die Finanzen Amsterdams. Bis 1927 wirkte er im Gemeinderat der Hauptstadt, dann legte er infolge eines Konflikts mit der bürgerlichen Mehrheit sein Amt nieder. Von 1923 bis 1935 war Wibaut Mitglied der Grünen Kammer und Vorsitzender der sozialistischen Kammerfraktion. Regelmäßig vertrat er die Partei auf den Kongressen der Sozialistischen Internationale; er gehörte dessen Exekutivkomitee an. An der Gründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Amsterdam hat Wibaut großen Anteil. Der Verstorbenen organisierte auch das Prekewesen der holländischen Partei. Mit Wibaut ist einer der bedeutendsten Männer der Internationale dahingegangen.

Um die Sanktionen. Im englischen Oberhaus fand gestern eine Aussprache über den Völkerverbund statt. Lord Ponsonby von der Arbeiterpartei sagte sich für die Aufhebung der Sanktionen ein und lehnte sich damit in Widerspruch mit der arbeitlerparteilichen Unterfraktion.

Gustaf Gründgens zum Staatsrat ernannt. Seit einer Reihe von Wochen hatte Gustaf Gründgens auf jede Artigkeit als Schauspieler und Regisseur verzichtet; im Zusammenhang mit dieser auffallenden Tatsache hat er Gerüchte geäußert, daß Gründgens bei den höchsten Stellen in Ungnade gefallen sei. Die Zeit der freiwilligen oder unfreiwilligen Untätigkeit für Gründgens ist jetzt anstehend beendet, denn Gründgens wurde von Göring mit einer neuen Funktion, der eines Staatsrates, betraut.

Beginn des großen Reichstages. Am 1. September beginnt gegen die sozialistischen Arbeiterpartei die Ver-

handlung wegen des Umsturzversuches vom 8. Dezember 1935. Die über 100 Angeklagten, von denen sich fast alle in Haft befinden, haben sich vor dem Kriegsgerichtsfiskus zu verantworten. Unter den Angeklagten befindet sich auch der ehemalige Außenminister R. Fiska, der zur Zeit des Umsturzversuches Botschafter in Stockholm war.

Sir Samuel Hoare zur Lage

Die Unversehrtheit Belgiens und Hollands

Sir Samuel Hoare soll demnächst als erster Vord der Abtretung, also als Marineminister, in das englische Kabinett zurückkehren. Er wird die Entwicklung im Abessinienkonflikt mit besonderen Augen betrachten, denn sein Versuch, den Krieg zu beenden, führte zu seinem Sturz. An dem gleichen Tage, an dem Eden im Unterhaus sprach, sprach sein Vorgänger, Sir Samuel Hoare, auf einer konservativen Versammlung in der Londoner Carlton-Hall. Von Anfang an, so führte Sir Samuel Hoare aus, habe er Italiens Angriff verurteilt und Italien, Europa und England vor den ersten Folgen dieses Angriffs gewarnt. Seine Anschauungen hätten sich in nur zu tragischer Weise erfüllt. Ohne über Recht oder Unrecht sprechen zu wollen, bleibe die Tatsache bestehen, daß das neue Italien viel härter sei, als das alte Italien.

Das neue Italien sehe heute unter dem Zeichen einer Leistung, die es als großen Sieg betrachte. In allen künftigen europäischen Besprechungen müsse diese Tatsache in Betracht gezogen werden.

Nachdem Sir Samuel Hoare die Notwendigkeit der englischen Unterstützung betont hatte, fuhr er fort, daß England keine Verpflichtungen auf sich nehmen dürfe, die es nicht ausführen könnte. England dürfe nicht den Eindruck erwecken, daß es überall und für alle Gelegenheiten zu kämpfen bereit sei, die seine Interessen nicht berühren. Seiner Ansicht nach sei die Zeit gekommen, da die englische Regierung erklären müsse, welche Fragen sie für so lebenswichtig halte, daß es für sie kämpfen werde.

Er selbst rechne die Unversehrtheit Belgiens, Hollands und der Kanalküsten zu diesen Fragen. Man solle sich nicht einreden, daß der Völkerverbund alles tun könne, aber auch die Ansicht vermeiden, daß er nichts tun könne. Der Völkerverbund könne gerade so viel tun, wie seine Mitgliedsstaaten zu tun bereit seien.



Mit zwei Hosens in den Frühling!

Man kann ihn noch so sehr strapazieren, den vierteligen Sportanzug — die zweite Hose hängt „für alle Fälle“ sauber und glatt bereit. Haben Sie sich das nicht schon oft gewünscht?

Sie finden den „Vierteligen“ bei uns in großer Auswahl und bekannt guter Passform.

Preislagen: 39.— 54.— 75.— 88.—

Seit 1901 ISRAELSKI Die altbewährte Einkaufsquell! Breitengasse 123/4, Ecke Junkergasse

Die Volksgemeinschaft des Mittelstandes e. B. Danzig veranstaltet am Sonnabend, dem 2. Mai, abends 8 Uhr, im Josephshaus, Lützowgasse, ihre erste öffentliche Versammlung. Redner ist der erste Vorsitzende der Volksgemeinschaft, Arthur Heilberg. Bitte auch Inserat in der heutigen Ausgabe des „Danziger Volkstimme“.

Wichtig für kontinente frühere polnische Staatsangehörige. Eine Reichshilfsvereinigung ist ins Leben gerufen worden, die die Aufgabe hat, auf Grund der letzten Annahme der Republik Polen, mit Rat und Tat den Betroffenen zur Seite zu stehen. Nach über die in der Annahme gegebenen Möglichkeiten hinaus werden Interventionen bei allen maßgebenden Instanzen angekreht, um die Klärstellung der Staatsangehörigkeit zu erreichen. Denjenigen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit, die durch veräuferte Option oder durch Verbleiben von der Heimat ihre Bürgerpflicht erfüllt haben, ist jetzt die Möglichkeit gegeben, sich Klarheit über ihre Rechtslage und die Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit ihrer Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Zur Klärung aller dieser Fragen findet am Sonntag, dem 10. Mai, 10 Uhr, im Restaurant „Rigow“, Sangaße 22, eine Informationsrat statt. Für diesen Abend konnte ein prominenter Rechtsanwalt aus Warschau gewonnen werden, der tageweise jeden einzelnen Fall behandelt.

Furchtbare Brandkatastrophe in Polen

1000 Gebäude verbrannt — Spielende Kinder die Urheber

Nachdem erst vor zwei Tagen ein riesiges Schandfeuer Hunderte von Häusern in der gallizischen Stadt Janowc zerstört hat, ist am Donnerstag das Städtchen Dawidgröber, das 11000 Einwohner zählt, von einer gewaltigen Brandkatastrophe heimgesucht worden. Das Feuer entzündete durch spielende Kinder, die mit einem Brennglas einen Strohhalm in Brand gesteckt hatten. Der starke Wind übertrug das Feuer auf die umliegenden Holzhäuser und Ställe. Im Laufe weniger Stunden wurden die Gebäude von mehr als 250 Wirtschaften und eine berühmte Holzstraße ein Raub der Flammen. Rund 1000 Wirtschaften- und Wohngebäude sind dem Feuer zum Opfer gefallen, darunter auch die Kasernen des Grenzsicherungskorps. Nach den bisherigen Meldungen sind eine Frau und zwei Kinder in den Flammen umgekommen. Eine Reihe von Personen wird vermisst.

Hitlers Entscheidung

Die Regelung der Exportumlage — Deutschlands Preisopfer

Der Kampf um die Exportumlage, der sich zwischen den verschiedenen Interessengruppen hinter den Kulissen in ziemlich scharfer Abfolge abspielte, hat nunmehr durch einen Nachdruck Hitlers sein Ende gefunden. Nachdem die Besprechungen mit den Vertretern von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken nur ein sehr wenig zufriedenstellendes Kompromiß zeitigten, wandte sich Dr. Schacht direkt an Hitler und führte in einer mehrstündigen Besprechung eine grundsätzliche Klärung herbei. Es wurde beschlossen, daß die bisherige Regelung der Exportumlage, die am 13. April abgelaufen ist, um ein weiteres Jahr zu verlängern, und zwar unter Verzögerung der Landwirtschaft zur Aufbringung der Lasten. Damit hat Dr. Schacht einen Sieg über die Anhänger der Devaluation und die Vertreter der Landwirtschaft errungen, die beide gegen eine Verlängerung der Exportumlage Widerstand geleistet haben. Diese Widerstände sind durch den Nachdruck Hitlers überwunden worden, nachdem eine freiwillige Verständigung sich als unmöglich erwiesen hatte. Der Gesamtbeitrag der Umlage soll etwas größer als im letzten Jahr werden, wo etwa 900 Millionen Mark aufkamen.

Die Einzelheiten der neuen Regelung sind noch nicht festgelegt worden. Zu diesem Zweck fand am letzten Dienstag eine neue Sitzung des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung statt, die die Aufteilung der Umlage zwischen Industrie, Landwirtschaft, Handel, Banken und der Golddiskontbank vornehmen soll. Der Besprechung zwischen Hitler und Schacht kommt um so größere Bedeutung zu, als sie gleichzeitig eine Stärkung der Position des Reichswirtschaftsministers bedeutet. Hitler hat Dr. Schacht erneut sein Vertrauen ausgedrückt und gewünscht, daß Dr. Schacht mit Ministerpräsident Göring persönlich eine Verständigung über die Abgrenzung der Machtverteilung zwischen beiden zustande bringe.

Interessant sind die Forderungen Dr. Schachts für die Exportumlage. Dr. Schacht verlangte nämlich, daß 1,1 Milliarden Mark für die Unterstützung des Exports dadurch flüssig gemacht werden sollten, während er im vergangenen Jahre nur 1 Milliarde gefordert hatte. Die Erhöhung ersuchen Dr. Schacht deshalb notwendig, weil eine Erhöhung der jetzigen Exportumlage unbedingt erforderlich ist, um den gesamten Einfuhrbedarf der Industrie und für Ernährungszwecke decken zu können. Wichtig ist es jedenfalls, daß der Widerstand der Landwirtschaft gegen ihre Heranziehung zur Exportumlage durch Hitlers Nachdruck nunmehr beseitigt ist, da die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft ein großer Devisenverbraucher ist und in diesem Jahr eher noch mehr Devisen als 1935 für Ernährungszwecke benötigt hat. Der Höhe der für den Exportförderungsfonds aufzubringenden Summe nach erweist sich aber auch die Entscheidung Hitlers als ausgesprochene Kompromißlösung für den jetzigen Zeitpunkt, da der Gesamtbeitrag, der vom Reichswirtschaftsminister zur Unterstützung des Exports im laufenden Jahr für notwendig gehalten wird, nicht ungenügend unterschätzt wird. Die endgültige Lösung des Problems ist somit zunächst vertagt worden und bleibt noch offen.

Der Gang der Verhandlungen vor Hitlers Entscheidung ist recht ausführlich, für die starken Interessentkämpfe, die sich hinter der schalldichten Kulisse der Volksgemeinschaft abspielten. Starke Industrie- und Exportgruppen wollten nämlich von einer Verlängerung der Exportumlage nichts wissen. Die großen Belastungen ständen in keinem richtigen Verhältnis zum Nutzen der Einrichtungen. In den letzten Jahren habe sie zwar eine gewisse Ertragsberechtigung gehabt, weil andere Möglichkeiten zur Steigerung des Exports nicht zur Verfügung gestanden hätten. Aber nun sei es an der Zeit, an die Stelle einer halben Maßnahme etwas Durchgreifendes zu setzen. In diesem Zusammenhang wurde auf die Abwertung der Reichsmark hingewiesen; sie allein stelle die Belastung der Wirtschaftsgruppen und ihren Anteil am Nutzen der Exportförderung in das richtige Verhältnis. Die Regierung ließ durch ihre Vertreter erklären, daß eine Abwertung unter keinen Umständen in Frage komme; sie stelle nur eine Scheinhilfe dar, zumal Deutschland in hohem Maße als Rohstoff- und Warenkäufer im Ausland auftritt und aus diesem Grunde schon an der Stärkung und nicht an der Abwertung der Auslandsmark interessiert sei. Die Industrie- und Exportkreise stellten dann das Begehren, daß auch die Landwirtschaft einen Beitrag an die Exportumlage leisten müsse, da sie in großem Maße auch deren Nutznießer sei. Wenn die Industrie 600 Millionen und der Großhandel 200 Millionen leisten, dann könnten der Landwirtschaft 200 Millionen zugemutet werden. Darré verwies auf die absolute Unmöglichkeit, die Landwirtschaft in irgendeiner Weise mit neuen Lasten zu belegen; sie seien unter allen Umständen untragbar. Schließlich wurde eine Einigung unter Außerachtlassung landwirtschaftlicher Beiträge erzielt, wonach Industrie und Großhandel 800 Millionen aufbringen sollten, also eine Summe, die weit hinter Schachts ursprünglichen Forderungen zurückblieb, weshalb er sich zu seinem Schicksal gezwungen sah.

In diesem Zusammenhang ist es recht dankbar, sich einmal die Tätigkeit des Exportförderungsfonds an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen. Recht lehrreich ist hierfür die Betrachtung des deutsch-jugoslawischen Außenhandels. Unter welchen Umständen der Export Deutschlands nach diesem Lande aufrechterhalten wird, zeigt eine Auszählung der jugoslawischen Staatsbänken auf Lieferung von Befehlsausgangsmaterial für Eisenbahnstämme. Während die heimischen Firmen zwischen 0,95 und 8 Dinar für ein kilo Schrauben anfragen, bot eine belgische Firma die Ware für 7,00, 2 x 2 x 2 für 4,90 Dinar je kilo an, einschließlich Fracht, Zoll und Taxen franko Entlast. Da auf Fracht und andere Kosten 4,12 Dinar entfallen, beantragt sich Krupp mit einem Verkaufspreis von 0,78 Dinar, was dem Weltpreis für Schrottelisen entspricht. In einem anderen Falle hat Krupp eine Schraubenart mit 4,08 Dinar halb so teuer wie die heimische Industrie angeboten, obwohl nach Abzug von Fracht und Zinsen ein Nettoverkaufspreis von 0,28 Dinar (ein Drittel des Schrottelisen) bliebe. Diese geradezu ungenüchlichen Lieferungen verdienen die Aufmerksamkeit des Exportförderungsfonds, um den deutschen Export wenigstens auf der letzten ungenügenden Höhe zu halten. Sie zeigen, daß es sich hierbei nicht um eine Nebenfrage, sondern um ein Problem handelt, das von grundlegender Wichtigkeit ist und dessen Behandlung daher höchste Beachtung verdient.

Scholle und Flunder kreuzen sich

Ursache für den Rückgang der Schollen in der Ostsee

Während unter den Süßwasserfischen Baskarde ziemlich häufig vorkommen, findet man bei den Meerestischen sehr selten Kreuzungen. In der Ostsee beobachtet man jedoch seit einiger Zeit das Vorkommen eines Plattfisches, den man wohl als eine Kreuzung zwischen Scholle und Flunder aufzufassen hat. In Forschungen und Fortschritte führt Dr. Rudolf Kändler Näheres über diese Fischart aus und rückt sich dabei auf die Untersuchungen von G. Dunder.

Der Baskard wird von den Fischern Blendling genannt und besitzt tatsächlich Eigenschaften, die auf eine Mittellage zwischen Scholle und Flunder hinweisen; ein Beweis für seine Bastardnatur. Er besitzt der Blendlinge der Mittellinie und am Innenrande der Flossenlängs Dornschuppen wie die Flunder, auf der Rücken- und Hinterflosse Dornschuppen wie das Schollenmännchen. Die Zahl der Wirbel fällt die Mitte zwischen den bei der Scholle und Flunder ermittelten.

Das Vorkommen dieser Baskarde ist durchaus nicht gering. Man hat in den letzten zehn Jahren an verschiedenen Fangplätzen der Ostsee festgestellt, daß von etwa 1200 kleinen 4 Jahr alten Fischen 20 Prozent Blendlinge waren, bei ausgewachsenen Fischen betrug der Satz allerdings nur 5 Prozent. Von den zahlreich erzeugten Bastarden geht demnach in den ersten Lebensjahren der größte Teil zugrunde. Die überlebenden jedoch wachsen rasch und kräftig.

Nun ist es bemerkenswert, daß das Zahlenverhältnis zwischen Scholle und Baskard in den verschiedenen Jahrgängen schwankt. In guten Schollenbrutjahren gibt es weniger Baskardfische, in schlechten mehr. Die Blendlinge zeigen ihrer äußeren Gestalt nach mehr den Schollen zu, und so nimmt man an, daß sie aus aktiveren befruchteten Scholleniern entstehen. Scholle und Flunder laichen von Februar bis April auf den gleichen Plätzen, die Scholle einen Monat früher als die Flunder. Zur Laichzeit der Scholle ist stets schon eine Anzahl frühreifer Flundermännchen vorhanden und damit die Möglichkeit einer Kreuzbefruchtung gegeben. Besonders häufig tritt dieser Fall ein, wenn bei niedriger Wassertemperatur das Laichen der Scholle sich sehr lange hinauszieht. Bei diesen für die Vermehrung der Scholle ungünstigen Verhältnissen gibt es wenig Nachwuchs und dabei einen großen Prozentsatz von Bastarden.

Die Schollenbestände der Ostsee sind in den Nachkriegsjahren durch übermäßige Befischung stark zurück-

gegangen. Daher kommt es, daß nicht genügend Schollenmännchen vorhanden sind, und die Eier daher häufig von den zahlreichen Flundermännchen befruchtet werden. Naturgemäß gehen dadurch die Schollen zahlenmäßig immer weiter zurück; denn die Baskarde werden überhaupt selten geschlechtsreif, und dann sind sie zur Fortpflanzung, wie durch Versuche bereits nachgewiesen wurde, nicht geeignet. Wie die meisten Artbastarde, können sie keine Nachkommen erzeugen.

Wissenschaftlich ist dieser Fall einer regelmäßigen Kreuzung zwischen zwei verschiedenen Meerestischen sehr bemerkenswert. Wichtigkeit ist er für die sich äußerst ungünstig auswirkende Schollenarmut in der Ostsee veranlaßend zu machen.

Der Spielklub wurde ihr zum Verhängnis Geld unterklagen und verurteilt

Die polnische Staatsangehörige Käte 2. hat schon seit zwölf Jahren ihren Wohnsitz im Freistaat. Sie betrieb in Danzig ein selbständiges Gewerbe. Außerdem war sie an einer Grundstücksmaferei beteiligt. Dieses Büro befand sich mit dem des Justizrats Mannow auf einem Flur. Als die Angeklagte Ende Oktober vorigen Jahres zum Steueramt nach Danzig fahren mußte, gab ihr der Vorortvorsteher des Justizrats 750 Gulden mit, die gleichfalls auf der Steuer einzuzahlen waren. Die Angeklagte wurde durch irgend welche Umstände an der sofortigen Ausführung dieses Auftrages verhindert und nahm das Geld des Abends in den Spielklub mit, wo sie es bis auf den letzten Pfennig verpielte. Sie verweigerte diesen Verlust und hoffte, ihn auf irgendeine Weise wieder einzulösen.

Anfang November 1935 wurde ein Grundstücksverkauf an eine in Gießen wohnende Käuferin perfekt. Die Käuferin sandte der Angeklagten zur Begleichung der notwendigen Steuer 900 Mark. Mit diesen 900 Mark veräußerte die Angeklagte noch einmal ihr Glück. Sie hoffte auch die verpielten 750 Gulden zurück zu gewinnen. Doch auch die 900 Mark zerfielen im Spielklub unter den Händen der Angeklagten zu einem Nichts.

Der Vertreter der Anklage nahm für beide Handlungen eine sorgfältige Handlung an. Auf Grund der einschlägigen Vorschriften beantragte er eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Amtsgerichtsrat Tornier als Einzelrichter erkannte antragsgemäß. Auf das Strafmaß wurden vier Wochen der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: D. D. Wilhelm 2. R. 9. 5. fällig, Lenczat; Schwed. D. Nordstj. 9. 5. fällig, Atlantic; Schwed. D. „Sufriid“, 7. 5. von Skive, Polso; dt. MSch. „Arctan“, 6. 5. von Rotterdam, Eifen, Bergenisse.

Im Gdingener Hafen werden erwartet: MS. „Beta“, 8. 5. fällig, Bergenisse; D. „Loa“, 9. 5. fällig, Bergenisse; D. „Martin Goldschmidt“, 9. 5. fällig, Bergenisse; D. „Eity of West“, 10. 5. fällig, Pam; D. „Start“, 10. 5. fällig, Speed; D. „Ojel“, 11. 5. fällig, Pam; D. „Sefris“, 12. 5. fällig, Bergenisse; D. „Balkyrian“, 12. 5. fällig, Pam; D. „Langer“, ca. 12./13. 5. fällig, Bergenisse; D. „Eiffel“, ca. 12. 5. fällig, Rotheri u. Kilocycki; D. „Freue Maria“, 14. 5. fällig, Bergenisse.

Es liegen auf der Reede vor Gdingen: D. „Sigsfred“ für Pam; D. „Dokka“ für Bergenisse; D. „Eura“ für Pantarei.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

- Freitag, 8. Mai:
- 18.00 Brüssel fläm.: Jazz. — Hilversum I: Buntes Programm. — London Regional: Nachrichten. Anschl. Kinoorgel. — Paris PTT.: Konzert und Nachrichten. — 18.10 Prag: Deutsche Sendung. Arbeitersendung und Nachrichten. — 18.30 Paris: Orchesterkonzert.
 - 19.00 Stockholm: Klaviermusik. — 19.30 Droitwich: Gesangskonzert. Wien: „Genoveva“, Oper in vier Akten von Robert Schumann. Brüssel franz. und fläm.: Konzert. — London Regional: Klavierkonzert. Anschl. „Die Walküre“ Oper von Wagner (2. Akt). Oslo: Kabarett. — Paris: Gesang, Nachrichten und Orchesterkonzert. — Straßburg: Deutsche Nachrichten. Anschl. Kammermusik. — Warschau: Orchesterkonzert (Bach, Beethoven, Rich. Strauß). — 20.55 Hilversum I: Orgelkonzert.
 - 21.00 Budapest: Klavierkonzert. Anschl. Zigeunermusik. — 21.15 Oslo: Klavierkonzert. — 21.35 Wien: Unterhaltungsmusik.
 - 22.00 Stockholm: Funkorchester. — Wien: Nachrichten. — Anschl. Unterhaltungsmusik. — 22.10 Hilversum I: Orchesterkonzert. — 22.20 Droitwich: Klavierquartett. — 22.20 Kalundborg: Opernmusik.

Kurze Welle: Beromünster 540 — Brunn 325 — Brüssel franz. 484 Brüssel fläm. 322 — Budapest 549 — Bukarest 364 — Hilversum II: 501 London Regional 342 — Paris PTT. 432 — Porto Parisis 313 — Prag 470 Riga 615 — Stockholm 426 — Straßburg 349 — Wien 507

Examiniert für die Redaktion: Franz Adomati; für Inserate: Anton V. P. u. c., beide in Danzig. Druck und Verlag: Druckerei u. Verlagsanstalt A. V. P. u. c., Danzig, Am Spandauer 6.

Einladung

Sonnabend, den 9. Mai, abends 8 Uhr
im St. Josephshaus, Töpfergasse

erste öffentliche Versammlung

Redner: 1. Vor. Arthur Hollberg

Polenvereins des Mittelstandes E. V., Danzig

Geschäftsstelle: Schichangasse 8
Eintritt 20 P

Central-Verein Danziger Staatsbürger jüdischen Glaubens

Sonntag, den 10. Mai 1936, abends 8.30 Uhr pünktlich
in den Räumen der Borussia-Loge, Olivier Tor 10

Mitglieder-Versammlung

Herr Dr. Reichmann-Berlin spricht über
Jüdische Zeitprobleme

Familienmitglieder willkommen **Ansprache**

Das Blütenfest
des D.A.S.-Orchesters

am Sonnabend, den 9. Mai 1936,
im Café „Bischofshöhe“ beginnt
pünktlich um 8 Uhr.

Das unterhaltsame und anregende Programm bringt ansatz und lebhafte Musik in bester Folge. Kinabill nur gegen Anweisung befreundeter Organisationen.

Beschränkter Vorverkauf bis Sonnabend mittag in der Geschäftsstelle der Danziger Volkstimme.

Damenmäntel und Damenhüte

zum Frühjahr kaufen Sie billigst in großer Auswahl bei

„Lady“

Hellige-Geist-Gasse 112

Offene Stellen

2. Dame Nr. 1 St.

Schreibklausur mit gutem Zeugnis, ist. schriftl. zu erl. 2. Dame Nr. 1 St.

Schreibklausur mit gutem Zeugnis, ist. schriftl. zu erl. 2. Dame Nr. 1 St.

Schreibklausur mit gutem Zeugnis, ist. schriftl. zu erl. 2. Dame Nr. 1 St.

Zu vermieten

2. Dame Nr. 7, 1 St.

2. Dame Nr. 7, 1 St.

2. Dame Nr. 7, 1 St.

Gdynia!

Reim Ausflug besuchen Sie das erstklassige
Restaurant und Café

Hotel Shupski

am Hauptbahnhof. Polnisch-französische Küche
Gut gekochte Biere, gute Getränke, solide Preise
Erstklassige Bedienung

Gut und billig!

Große Auswahl an Herren-, Damen-, Kinder- und Sportkleidung. Beste Stoffe, beste Verarbeitung. Preiswerteste Bedienung.

„Hosen“

von J. C. C. C.

„Zur Billigen Bekleidungs-Abteilung“
Alte Marktstraße 28-30

Stellengesuche

2. Dame Nr. 1 St.

2. Dame Nr. 1 St.

2. Dame Nr. 1 St.

Verkäufe

1. Dame Nr. 1 St.

1. Dame Nr. 1 St.

1. Dame Nr. 1 St.

Schleier-Ausschnitt

sowie sämtliche Schabedarsartikel, Schnittmuster, Akten- u. Musikinstrumente und Fensterputzleder empfiehlt billigst

Carl Fuhrmann

11. Damm 6 **Telefon 23519**

Hosen

von J. C. C. C.

„Zur Billigen Bekleidungs-Abteilung“
Alte Marktstraße 28-30

H. Lemberg & Co.

Gr. Wallstraße 2 **Telefon 23519**

möbliertes Zimmer

mit Küchenbenutzung, in Sanatur. Ohne oder Gebude. Angebote mit Preis unter 1715 an die Expedition.

Gelübt

1-2 Häuser mit ca. 15 Betten

in ruhiger, hübscher Lage, vom 20. 6. bis 1. 9. Angebote sofort u. 1947 an die Exped.

gut erhaltener Fuchs

Schwarz, weißer an verlaufen. Ang. u. 1947 an die Exped.

Pat. Dieselkraft. Bett mit Matratze, Sofa und 2 Sessel bill. an verkaufen.

Wagenstraße 37, II

Red. Glühbirnen sehr preiswert zu verkaufen.

Götterstr. 18, I Trepp.

Sperplatten

Leisten
Furniere

Marschall

Brothänkung 12

Ankäufe

Schwarz-Fahrrad & reparaturbedürftig billig an Kauf. gel. Angebote unter 1744 an die Expedition.

Roschener

ca. 60/80 lang 60/60 hoch, an Kauf. gel. Angebote mit Preis u. 1748 an die Exp.

Verkäufe

1. Dame Nr. 1 St.

1. Dame Nr. 1 St.

1. Dame Nr. 1 St.

Verschiedenes

1. Dame Nr. 1 St.

1. Dame Nr. 1 St.

1. Dame Nr. 1 St.

Wir empfehlen uns ganz besonders

Gegen Verunreinigung geben wir die Ware selbst mit.

Wollwäschmittel

4. Damm 2 (alte Wollwäschmittel)

Schick-Cohn

57 Jahre

Gr. Wallstraße 2 **Telefon 23519**

R. Bräuer

1. Damm 16, **Telefon 23522**

Kleidermacher / Schneider
Obst / Gemüse / Fleischwaren
Brot- und Wurstwaren

In Stadt und Land ist Mahnwäsche bekannt

Wäsche

1. Damm 16, **Telefon 23522**

Wäsche

1. Damm 16, **Telefon 23522**

Fleisch- und Wurstwaren

in besten Qualität
tunlich empfohlen

Leo Kraft

Schiffstr. Oberstraße 78

Wäsche

1. Damm 16, **Telefon 23522**

Wäsche

1. Damm 16, **Telefon 23522**

Fahrräder

1. Damm 16, **Telefon 23522**

Wäsche

1. Damm 16, **Telefon 23522**

Wäsche

1. Damm 16, **Telefon 23522**